

Deutschland-Friedrichshafen: Reparatur und Wartung von medizinischen Einrichtungen

OJ S 183/2023 22/09/2023

Auftragsbekanntmachung

Dienstleistungen

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1. Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: Medizin Campus Bodensee

Postanschrift: Röntgenstraße 2

Ort: Friedrichshafen

NUTS-Code: DE147 Bodenseekreis

Postleitzahl: 88048

Land: Deutschland

Kontaktstelle(n): Luther Rechtsanwaltsgesellschaft mbH, Berliner Allee 26, 30175 Hannover

E-Mail: vergabe.hannover@luther-lawfirm.com

Telefon: +49 511545817645

Fax: +49 5115458110

Internet-Adresse(n):Hauptadresse: <https://www.medizin-campus-bodensee.de/>**I.2. Informationen zur gemeinsamen Beschaffung**

Der Auftrag wird von einer zentralen Beschaffungsstelle vergeben

I.3. Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten

Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: http://www.deutsche-evergabe.de/dashboards/dashboard_off/50dbe1d0-f42f-4e48-b931-58c188a02d48

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: http://www.deutsche-evergabe.de/dashboards/dashboard_off/50dbe1d0-f42f-4e48-b931-58c188a02d48**I.4. Art des öffentlichen Auftraggebers**

Andere: Krankenhaus

I.5. Haupttätigkeit(en)

Gesundheit

Abschnitt II: Gegenstand

II.1. Umfang der Beschaffung**II.1.1. Bezeichnung des Auftrags**

Bewirtschaftung und Instandhaltung von Medizintechnik am Medizin Campus Bodensee

II.1.2. CPV-Code Hauptteil

50421000 Reparatur und Wartung von medizinischen Einrichtungen

II.1.3. Art des Auftrags

Dienstleistungen

II.1.4. Kurze Beschreibung

Das Klinikum Friedrichshafen GmbH und die Klinik Tett nang GmbH als öffentliche Auftraggeber werden gemeinsam unter dem Namen Medizin Campus Bodensee die Leistungen im Bereich der Bewirtschaftung und Instandhaltung medizintechnischer Geräte, Anlagen, Einrichtungen, Ausstattungen ausschreiben. Gegenstand des Vertrages ist die Erbringung von werkvertraglichen Leistungen durch den Auftragnehmer.

II.1.5. Geschätzter Gesamtwert

II.1.6. Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2. Beschreibung

II.2.3. Erfüllungsort

NUTS-Code: DE147 Bodenseekreis

Hauptort der Ausführung: Friedrichshafen, Tett nang (Bodenseekreis)

II.2.4. Beschreibung der Beschaffung

Um vor dem Hintergrund des steigenden Kostendrucks zukünftig weiterhin eine qualitativ hochwertige Werksleistung anbieten zu können, soll im Rahmen dieser Ausschreibung für den Bereich "Bewirtschaftung und Instandhaltung medizintechnischer Geräte, Anlagen, Einrichtungen, Ausstattungen" im Auftrag des Auftraggebers für seine Standorte (inkl. MVZ) eine kundenorientierte, gesetzeskonforme und kostengünstige Infrastruktur geschaffen werden. Dabei sollen auch entsprechende Synergieeffekte durch die Bündelung von Ressourcen freigesetzt werden. Integriert in die Gesamtorganisation der Infrastruktur und Logistik müssen alle Abteilungen umfassend betreut werden.

II.2.5. Zuschlagskriterien

Der Preis ist nicht das einzige Zuschlagskriterium; alle Kriterien sind nur in den Beschaffungsunterlagen aufgeführt

II.2.6. Geschätzter Wert

II.2.7. Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems

Laufzeit in Monaten: 48

Dieser Auftrag kann verlängert werden: ja

Beschreibung der Verlängerungen:

Verlängerungsoption zugunsten des AG um weitere 12 Monate.

II.2.9. Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden

Geplante Mindestzahl: 3

II.2.10. Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11. Angaben zu Optionen

Optionen: ja

Beschreibung der Optionen:

Verlängerungsoption zugunsten des AG um weitere 12 Monate. Der Vertrag verlängert sich einmalig um ein Jahr, wenn er nicht spätestens 6 Monate vor dem Vertragsende durch den Auftraggeber gekündigt wird.

II.2.13. Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14. Zusätzliche Angaben

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1. Teilnahmebedingungen

III.1.1. Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Im Teilnahmeantrag ist die Eignung gemäß den Vorgaben in Ziffer III.1.1) bis III.1.3) der EU-weiten Vergabebekanntmachung nachzuweisen. Die geforderten Erklärungen und Nachweise sind mit dem Teilnahmeantrag vom Bewerber einzureichen.

Die Eignung ist für jeden Bewerber (bei Bewerbergemeinschaften für jedes Mitglied einer Bewerbergemeinschaft) gesondert nachzuweisen.

Beabsichtigt ein Bewerber zum Nachweis der wirtschaftlichen und finanziellen bzw. technischen und beruflichen Leistungsfähigkeiten die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch zu nehmen (Eignungsleihe, § 47 VgV), müssen die anderen Unternehmen (Eignungsleihgeber) ihre Eignung nach Ziffer III.1.1) bis III.1.3) hinsichtlich derjenigen Eignungskriterien nachweisen, für die sich der Bewerber auf die Kapazitäten des Eignungsleihgebers beruft. Darüber hinaus ist auch von dem/n Eignungsleihgeber/n die Erklärungen über das Vorliegen von Ausschlussgründen nach § 123 Abs. 1 bis 4 GWB und § 124 Abs. 1 GWB mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen.

Zum Nachweis der Befähigung zur Berufsausübung und zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen sind mit dem Teilnahmeantrag folgende Unterlagen einzureichen:

- a) Unternehmensprofil mit folgenden Angaben: Name und Sitz / Adresse des Unternehmens – Nennung der Gesellschaftsform und Beschreibung der Eigentums- und Beteiligungsstruktur aller an der vorgesehenen Leistungserbringung beteiligten Mutter- bzw. Tochtergesellschaften oder verbundenen Unternehmen;
- b) Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123 und 124 GWB;
- c) Eigenerklärung zum Mindestentgelt gemäß § 19 Abs. 3 Mindestlohngesetz (MiLoG);
- d) Eigenerklärung über die Einhaltung der EU-Russland-Sanktionen;
- e) Vorlage eines aktuellen Auszugs (in Kopie) über die Eintragung des Unternehmens im Berufs- oder Handelsregister (sofern die Rechtsform des Bewerbers dies zulässt; nicht älter als 3 Monate).

III.1.2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

- f) Jahresumsatz: Eigenerklärung über den
- Gesamtjahresumsatz (netto) des Unternehmens in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren (2020, 2021 und 2022)

- tätigkeitsbezogener Jahresumsatz (netto) mit vergleichbaren Leistungen (Bewirtschaftung und Instandhaltung medizintechnischer Geräte, Anlagen und Einrichtungen sowie Ausstattungen in Krankenhausunternehmen) in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren (2020, 2021 und 2022).

g) Berufshaftpflichtversicherung

- Aktueller Nachweis über das Bestehen einer Berufshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme in Höhe von mindestens 5 Mio. EUR für Personen- und Sachschäden sowie in Höhe von mindestens 2 Mio. EUR für Vermögensschäden (jeweils 2-fach maximiert). Eine Kopie der Versicherungspolice oder eine Bestätigung des Versicherers ist zusammen mit dem Teilnahmeantrag einzureichen.

- Alternativ ist mit dem Teilnahmeantrag eine rechtverbindliche Erklärung des Bewerbers abzugeben, eine entsprechende Versicherung im Falle der Auftragserteilung umgehend abzuschließen, nebst der Erklärung/Bestätigung eines Versicherers, im Auftragsfalle einen entsprechenden Versicherungsvertrag mit dem Auftragnehmer zu schließen.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Der Auftraggeber verlangt die Erfüllung folgender Mindestanforderungen:

zu g) Gefordert wird eine Berufshaftpflichtversicherung mit folgender Mindestdeckung (jeweils 2-fach maximiert):

- mindestens 5 Mio. EUR für Personen- und Sachschäden sowie
- mindestens 2 Mio. EUR für Vermögensschäden.

III.1.3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

h) Eigenerklärung zu Referenzen über vergleichbare Leistungen (Bewirtschaftung und Instandhaltung medizintechnischer Geräte, Anlagen, Einrichtungen sowie Ausstattungen in Krankenhausunternehmen) aus den letzten drei Jahren vor Veröffentlichung dieser Bekanntmachung.

Für jede Referenz ist eine aussagekräftige Kurzdarstellung einzureichen. Die Darstellung muss jeweils mindestens folgende Angaben enthalten:

- Name und Gegenstand der Referenzleistung,
- Angabe des Auftraggebers/Klinikunternehmens, ggfs. unter namentlicher Nennung eines Ansprechpartners mit Telefonnummer und/oder E-Mail-Adresse,
- Angabe Anzahl der Klinikbetten (Planbetten),
- Angabe des Ausführungszeitraums,
- Kurzbeschreibung der vom Bewerber erbrachten Leistungen.

i) Angabe der vollständigen und aktuellen Anzahl der Mitarbeiter (Angaben in Vollkräften) im Bereich Bewirtschaftung und Instandhaltung medizintechnischer Geräte, Anlagen und Einrichtungen sowie Ausstattungen in Krankenhausunternehmen

j) Angabe der Anzahl der vergleichbaren Projekte im Bereich Bewirtschaftung und Instandhaltung medizintechnischer Geräte, Anlagen, Einrichtungen sowie Ausstattungen in Krankenhausunternehmen in den letzten drei Jahren

k) Nachweis Zertifizierung über ein bestehendes Qualitätsmanagementsystem nach DIN EN ISO 9001 (oder gleichwertig); im Fall der Teilnahme als Bewerber- / Bietergemeinschaft muss der Nachweis ggf. für mehrere Mitglieder der Bewerber- / Bietergemeinschaft erbracht werden. Nachzuweisen ist eine gültige Zertifizierung zum Zeitpunkt des Ablaufs der Teilnahmefrist.

l) Nachweis Zertifizierung über ein bestehendes Umweltmanagementsystem nach DIN EN ISO 14001 (oder gleichwertig); im Fall der Teilnahme als Bewerber- / Bietergemeinschaft muss der Nachweis ggf. für mehrere Mitglieder der Bewerber- / Bietergemeinschaft erbracht werden. Nachzuweisen ist eine gültige Zertifizierung zum Zeitpunkt des Ablaufs der Teilnahmefrist.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Der Auftraggeber verlangt die Erfüllung folgender Mindestanforderungen:
Zu h) Referenzen: Es müssen mindestens drei Referenzen über vergleichbare Leistungen (Bewirtschaftung und Instandhaltung medizintechnischer Geräte, Anlagen, Einrichtungen sowie Ausstattungen in Krankenhausunternehmen) aus den letzten drei Jahren vor Veröffentlichung dieser Bekanntmachung mit dem Teilnahmeantrag vorgelegt werden.

III.2. Bedingungen für den Auftrag

III.2.2. Bedingungen für die Ausführung des Auftrags

1. Im Fall der Auftragsvergabe an eine Bietergemeinschaft haften alle Mitglieder der Bietergemeinschaft gesamtschuldnerisch.
2. Im Fall der Eignungsleihe für die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit haftet auch der Eignungsleiher gemäß § 47 Abs. 3 VgV.

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1. Beschreibung

IV.1.1. Verfahrensart

Verhandlungsverfahren

IV.1.3. Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

IV.1.5. Angaben zur Verhandlung

IV.1.8. Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2. Verwaltungsangaben

IV.2.2. Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

Tag: 20/10/2023 Ortszeit: 12:00

IV.2.3. Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

IV.2.4. Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können

Deutsch

IV.2.6. Bindefrist des Angebots

Laufzeit in Monaten: 3 (ab dem Schlusstermin für den Eingang der Angebote)

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1. Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.3. Zusätzliche Angaben

- 1) Alle geforderten Nachweise können in Form von Eigenerklärungen erfolgen, soweit sich aus der Ausschreibung nicht etwas anderes ergibt. Alle vom Auftraggeber für das Vergabeverfahren unter dem unter Ziff. I.3) genannten Link bereitgestellten Formblätter sind zwingend zu verwenden.
- 2) Fragen zum Vergabeverfahren sind unverzüglich und spätestens 10 Tage vor Ablauf der Teilnahmefrist über die Vergabeplattform zu stellen.

3) Alle weiteren Informationen zu diesem Vergabeverfahren wie Änderungen der Leistungsbeschreibung, Beantwortung von Bieterfragen oder sonstige verfahrensrelevante Informationen werden ebenfalls unter dem Link bereitgestellt. Bis zum Ablauf der Teilnahmefrist ist der Bewerber verpflichtet, regelmäßig und selbstständig auf zur Verfügung gestellte, geänderte oder zusätzliche Dokumente zu achten.

4) Teilnahmeanträge (ebenso spätere Angebote) sind in deutscher Sprache abzufassen und elektronisch bis spätestens zum Ende der Teilnahmefrist (bzw. späteren Angebotsfrist) vorzulegen. Teilnahmeanträge (ebenso spätere Angebote) sind in elektronischer Form einzureichen. Die Übermittlung der Teilnahmeanträge (und späteren Angebote) ist ausschließlich über das Portal der Deutschen eVergabe unter dem in Ziff. I.3) angegebenen Link möglich.

5) Eine Einreichung des Teilnameantrags (bzw. späteren Angebote) per E-Mail, Telefax oder in schriftlicher Form ist nicht zulässig.

6) Der Auftraggeber erstattet keine Kosten, die für die Abgabe des Teilnameantrags /Angebots und die Teilnahme am Vergabeverfahren entstehen.

VI.4. Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Baden-Württemberg beim Regierungspräsidium Karlsruhe

Postanschrift: Durlacher Allee 100

Ort: Karlsruhe

Postleitzahl: 76137

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer@rpk.bwl.de

Telefon: +49 7219268730

Fax: +49 7219263985

Internet-Adresse: <https://rp.baden-wuerttemberg.de>

VI.4.2. Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Nicht vorgesehen

Ort: Nicht vorgesehen

Land: Deutschland

VI.4.3. Einlegung von Rechtsbehelfen

Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Vorschriften über die Einlegung von Rechtsbehelfen finden sich in den §§ 155 ff. des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB). Auf die Zulässigkeitsvoraussetzungen eines Nachprüfungsantrags zur Vergabekammer wird hingewiesen, insbesondere auf die Vorschrift des § 160 GWB, die folgenden Wortlaut hat:

"§ 160 GWB - Einleitung, Antrag

(1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein.

(2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 [GWB] durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht.

(3) Der Antrag ist unzulässig, soweit:

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht

innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 [GWB] bleibt unberührt;

2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden;

3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden;

4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2 [GWB]. § 134 Absatz 1 Satz 2 [GWB] bleibt unberührt."

VI.5. Tag der Absendung dieser Bekanntmachung

18/09/2023